

Was wollen die Studenten?*)

Aktualität des Themas »Die alte Studentenpolitik ist tot!« »Studenten bestreiken Vorlesungen«, »SDS kündigt verstärkte militante Aktionen an«, »Deutsche Universitäten von der Gesellschaft verlassen?«, »Durchgreifende und bundeseinheitliche Maßnahmen gegen die Randalierer und ihre allgemein bekannten Rädelsführer gefordert!« So oder ähnlich lauten die sich in letzter Zeit häufenden Schlagzeilen der großen und kleinen Tageszeitungen, und die Frage, was die Studenten wollen, ist inzwischen zu einem so beliebten Thema von Soziologen, Politologen, Psychologen und nicht zuletzt auch Theologen geworden, daß das aktuelle Schrifttum kaum noch übersehen, geschweige denn mit Sorgfalt studiert werden kann. Es mag daher als Wagnis erscheinen, wenn ein von den genannten Wissenschaften leider nur wenig berührter Verwaltungsbeamter den Versuch unternimmt, sich mit den vielschichtigen Problemen der studentischen Unruhe auseinanderzusetzen. Schon aus diesem Grunde muß um Verständnis dafür nachgesucht werden, wenn das Vorgetragene systematisch nicht allen Ansprüchen gerecht wird, vielfach an der Oberfläche haften bleibt, manches überhaupt nicht und anderes vielleicht sogar falsch, zumindest aber anders gesehen wird als von dem einen oder anderen dieses Kreises und daher zwangsläufig zum Widerspruch herausfordern muß. Wenn ich dennoch dem an mich herangetragenen Wunsch nachgekommen bin, so ist dafür die Überzeugung bestimmend gewesen, daß es unserer aller Pflicht sein sollte, uns über das in den Studentenunruhen offenbar werdende eigenartige und weltweite Phänomen einer scheinbar der Negation alles Bestehenden, einer der Destruktion zuneigenden Jugend, und zwar unserer Jugend, Gedanken zu machen.

Es ist selbstverständlich, daß das Thema an dieser Stelle nicht ausgeschöpft werden kann. Die Darstellung wird sich im wesentlichen auf Andeutungen beschränken müssen, die aber ausreichend sein dürften, um in den durch sie hoffentlich ausgelösten Gesprächen und Diskussionen manches, was hier übersehen oder — gleich aus welchen Gründen immer — unausgesprochen geblieben ist, zu klären und zu vertiefen oder ins rechte Licht zu rücken.

*Problematik
der Fragestellung*

Die Schwierigkeiten scheinen schon mit der Fragestellung zu beginnen. Gibt es wirklich ein einheitliches Wollen der Studenten über das hinaus, was heute noch als Recht, aber auch als eigentliche Pflicht der Studenten verstanden wird, näm-

*) Vortrag anläßlich der Sitzung des Verwaltungsrats der Gießener Hochschulgesellschaft am 14. Januar 1969.

lich das Studium, die wissenschaftliche Ausbildung, von eben diesen Studenten oft verächtlich und mit beißender Ironie als »Erziehung zum Fachidioten in einer reglementierten Untertanenfabrik« kritisiert? Sind es wirklich nur die Studenten, denen ein einheitliches Wollen unterstellt wird, oder ist nicht der Kreis derjenigen, von denen die geistige und reale Unruhe ausgeht, viel weiter gespannt? Liegt daher nicht in der Fragestellung und damit im Ansatz vielleicht ein Trugschluß?

Es ist ja überraschend, daß es erst dieser Unruhen bedurfte, um die Situation des Studenten in Hochschule und Gesellschaft — früher nur von wenigen engagierten Hochschulpolitikern und Soziologen diskutiert — und darüber hinaus den Zustand dieser Gesellschaft selbst fast von einem Tag zum anderen in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses zu rücken und zu einem brennend aktuellen Thema der deutschen Politik werden zu lassen, zu einem innen- und kulturpolitischen Faktum ersten Ranges, das — wie die Äußerungen verantwortlicher Regierungsmitglieder und Parlamentarier zeigen — nicht ohne Einfluß auf das allgemeine Denken und Handeln hierzulande bleiben wird. Um so notwendiger ist es aber, nach den Ursachen dieses Protestes, dieses Sichauflehens gegen Staat und Gesellschaft, gegen das sog. Establishment zu fragen.

Die gegenwärtige Situation ist gekennzeichnet durch den Umstand permanenter Unruhe der Studentenschaft, und die Frage der Amtsträger der Universität beim morgendlichen Betreten des Büros kann eigentlich kaum noch lauten: »Ist heute etwas los?«, sondern müßte eher dahin gestellt werden: »Was ist heute los?«, nachdem sich gezeigt hat, daß die von einigen wenigen »strategisch geplanten Aktionen« offenbar ein breites Echo bei großen Massen finden, mag es sich nun um Diskussionen, Demonstrationen, Proteste oder gar Gewalt und Terror in seiner vielschichtigen Abstufung und Form handeln. Es scheint, als seien über Nacht aus Studenten, aus Kindern ehrbarer und gutbürgerlicher, oftmals sogar großbürgerlicher Familien plötzlich Linksradikale, Rebellen oder Revolutionäre geworden, ein von uns, den Älteren, mit Erstaunen und Überraschung wahrgenommener, aber weithin unverstandener und abgelehnter Vorgang. Zwar will auch uns scheinen, daß in diesem von uns mitgetragenen Staat trotz aller Erfolge und Leistungen in der Vergangenheit, vielleicht sogar der jüngsten Gegenwart, manches im argen liegt und vieles der Überprüfung bedarf und neu zu ordnen ist, die Fehler im ganzen aber unbedeutend sind, so daß wir uns kopfschüttelnd fragen, was hat das zu tun mit beschmierten Wänden, eingeworfenen Glasscheiben, beschädigten Autos, verletzten Menschen, gar Toten? Ist, was gestern noch Verbrechen war, heute als politische Aktion gerechtfertigt? Droht der permanente Wechsel von Gewalt und Gegengewalt, Terror und Antiterror? Ist es wirklich nur eine Minderheit, eine fanatisierte linke studentische Minderheit, die die Universität zum Exerzierplatz der Revolte, die Straße zu ihrem Aktionsfeld macht, der es zu gelingen scheint, die Grundpfeiler unserer Demokratie ins Wanken zu bringen? Muß nicht die Annahme von der

Gegenwärtige Situation

Minderheit von vornherein fragwürdig werden, nachdem sich der studentische Protest — scheinbar aus unterschiedlichsten Anlässen — in der ganzen Welt entzündet und selbst vor den Staaten des Ostens nicht haltgemacht hat? Wo finden wir die Erklärung für dieses eigenartige Phänomen einer offenbar im Protest solidarisierten Jugend der Welt?

Der Fragen sind mehr als Antworten, und ohne Zweifel bleibt im Vordergrund, wer die Ursachen nur im Generationenkonflikt, nur im uralten Streit zwischen Vätern und Söhnen suchen will, wer darauf hinweist, daß die Jugend schon immer ein unruhiges, vielleicht auch belebendes Element war und jugendlicher Sturm und Drang, vielleicht auch jugendliches Rabaukentum, aber auch jugendlicher Idealismus und jugendliche Opferbereitschaft, immer aber jugendliche Kompromißlosigkeit ihre besondere Ausprägung in den einzelnen Studentengenerationen gefunden hätten. So bleibt nur der zaghafte Versuch, dem Gang der Dinge und damit der Entwicklung nachzuspüren, um von dort aus Zugang zu den Gründen und vielleicht zu einem bedingten Verstehen zu finden.

*Ausgangspunkte des
studentischen Protestes*

Sicher scheint zu sein, daß das Drängen auf eine Hochschul- und Studienreform, das Bemühen um die Durchsetzung erstmals Anfang der 60er Jahre stärker akzentuierter Forderungen nach Mitbestimmung und Mitverantwortung an der in alten und überholten Traditionen erstarrten Universität zu den Ausgangspunkten der studentischen Bewegung gehört. Wie stellt sich denn zum Teil auch heute noch dem häufig durch Elternhaus, aber auch durch die Schule unvorbereiteten Abiturienten die deutsche Universität dar? Muß er sie nicht als eine nur schwer übersehbare Organisation mit einer geradezu erdrückenden Hierarchie empfinden?

*akademische
„Rangleiter“*

Welch eine verwirrende Fülle von Dienstbezeichnungen und Titeln, für die wir ohnehin immer noch eine Schwäche zu haben scheinen, stürzt auf ihn ein! Da gibt es studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte, Verwalter von Assistentenstellen, Assistenten und Oberassistenten, Kustoden und Oberkustoden, Akademische Räte und Akademische Oberräte, Diätendozenten und Privatdozenten, Wissenschaftliche Räte und Professoren sowie Wissenschaftliche Räte und Professoren als Abteilungsvorsteher, Lehrbeauftragte und Honorarprofessoren, außerplanmäßige und außerordentliche Professoren, und schließlich, falls nicht noch eine Gattung vergessen sein sollte, die ordentlichen Professoren, die im allgemeinen gleichzeitig Direktoren von Instituten oder Seminaren sind. Der junge Student sieht sich von einem Tag zum anderen mit der ganzen Stufenleiter unseres akademischen Ausbildungswesens konfrontiert. Wenn er dann noch im »Spiegel« die Erklärung des Hessischen Kultusministers gelesen hat, er könne sich durchaus vorstellen, daß auch der Professorenberuf ein Laufbahnberuf werde, wer will ihm dann verübeln, wenn er sich auf diese hierarchische Stufenleiter einstellt und Studium und akademische Karriere als langen, mühseligen Dienstweg empfindet. Die Begegnung mit einem wirklichen »Ordinarius« scheint dann den ersten Höhepunkt bei dem komplizierten Sichzurechtfinden in

der personellen Vielfalt der Universität zu bilden, eine Begegnung, die vielleicht mit der bangen Erwartung und unausgesprochenen Hoffnung verknüpft ist, von ihm etwas über das, vielleicht sogar über sein Studium geraten zu bekommen.

Wie ist es denn damit? Manches mag sich zwar gebessert haben, aber in vielen Studienrichtungen macht doch auch heute noch aus einem falsch verstandenen Begriff der akademischen Freiheit heraus niemand den Studenten Vorschriften über die Anlage ihres Studiums, über ein sinnvolles Studieren. Die Studenten sitzen zunächst mehr oder weniger ratlos vor der — auch wiederum verwirrenden — Fülle des Angebotenen im Vorlesungsverzeichnis, das zudem häufig von dem abweicht, was an der Anschlagtafel an Vorlesungen und Übungen angekündigt wird. Sie sind auf Rat angewiesen, und sie müssen ihn sich holen: bei älteren Kollegen, bei Assistenten, bei der Seminarsekretärin, bei den Eltern, falls diese studiert haben, und nicht zuletzt aus einer bizarren Vielfalt von Gerüchten, die auch im Schoße einer »alma mater« gedeihen, einer »alma mater«, deren Ziel man nur mit emsigem Fleiß und nach Überwindung kaum überwindbar erscheinender Hindernisse erreichen zu können glaubt. Dann werden Vorlesungen gehört, Nachschriften gefertigt, Bücher gelesen, Scheine gemacht und schließlich wird — nachdem der alte Schulfreund, der die Universität verachtet und sich einem unakademischen Beruf zugewandt hat, schon längst mit Familie und eigenem Wagen in Urlaub fährt — von demjenigen, der den steinigen Weg durchgehalten hat, auch eine Prüfung bestanden, die aber in vielen Fällen wiederum nur den Weg zu einer weiteren Ausbildungsstufe öffnet. Anfang oder Mitte der Dreißig ist man dann so weit, daß man auch einmal an anderes als nur das Studieren und Lernen denken kann. Abenteuer Wissenschaft? Wissenschaft in Einsamkeit und Freiheit? Kann man sich das noch vorstellen in den kalten Bauten aus Stahl, Beton und Glas, die allerorten unsere Universitäten zieren?

Schwierigkeiten der akademischen Freiheit

Einer in alten und überholten Formen erstarrten Universität war gesagt worden. Der Rektor ist Magnifizenz, die Dekane sind Spektabilitäten. Gelegentlich werden akademische Feiern veranstaltet, bei denen sich die Professoren mit pseudo-mittelalterlichen Gewändern verschiedener, meist aber prächtiger Farben schmücken. Den bei feierlicher Musik gemessenen Schrittes Einziehenden wird durch Aufstehen die schuldige Reverenz erwiesen, und während akademische Senatorenwürden verliehen oder andere Ehrungen vollzogen werden, erfährt unser junger Freund irgendwo in den hinteren Reihen — denn die vorderen gebühren den Honoratioren — hinter vorgehaltener Hand unter Umständen die Glosse von den Heiligen Drei Königen als den ersten Ordinarien dieser Welt. Und die Frage, die er sich eigentlich stellen muß, geht sie nicht dahin, ob das die überkommene deutsche Universität ist, die Hohe Schule, die die geistige Elite unseres Volkes, die künftigen Funktionäre in Staat und Gesellschaft ausbilden soll?

Alte und überholte akademische Formen

Zugegeben: Die flüchtige Skizze ist ein Zerrbild, und es wäre sicherlich falsch, die wirklich großen Traditionen unserer Universitäten ins Lächerliche ziehen zu wollen. Dennoch läßt sich nicht leugnen, daß das alte Humboldtsche Ideal der Universitätsausbildung und -bildung weitgehend utopisch geworden ist. Die Wirklichkeit unseres heutigen Universitätslebens wird bestimmt von dem Massenbetrieb, in dem der alte Schulfreund sehr schnell zum unliebsamen Konkurrenten bei dem harten Wettlauf um den begehrten Seminar- oder Laborplatz wird, der Jagd nach Scheinen, bei der der Einzelne ein unbekanntes Etwas innerhalb der großen Zahl der Mitbewerber geworden ist, werden Vereinsamung und Entpersönlichung in einer hierarchischen Organisation vorherrschend, deren Entscheidungen sich hinter verschlossenen Türen vollziehen.

Hier nun, an der Wirklichkeit unseres Universitätslebens, setzte die Kritik der Studenten ein, getragen zunächst vom VDS. Es darf an dieser Stelle darauf verzichtet werden, die Entwicklung der deutschen Hochschulen und mit ihr das neu erwachende Bewußtsein um studentische Mitverantwortung und die langsam wachsenden und sich steigernden Forderungen nach studentischer Mitbestimmung in akademischen Gremien seit 1945 nachzuzeichnen. Bemerkenswert erscheinen insoweit aber die Ausführungen des VDS-Vorsitzenden Lothar Krappmann in seiner Schlußansprache auf dem 7. Deutschen Studententag 1963 in Bochum. Krappmann erklärte dort u. a.:

»Wir setzen unsere Hoffnungen weitgehend auf die neuen Hochschulen. Das bedeutet nicht, daß unserer Meinung nach die alten Hochschulen weiterhin in so ungenügender Weise forschen und lehren sowie unzulängliche Studienmöglichkeiten anbieten sollen. Leider scheinen aber in die bestehenden wissenschaftlichen Hochschulen nur auf dem Wege über neue Universitäten Reformen eingebracht werden zu können. Wir wissen, wieviel hervorragende Professoren in den letzten 18 Jahren resignierend aus der Debatte um die Hochschul- und Studienreform ausgeschieden sind. Wir machen einen letzten Versuch: Die Reform auf einem Umweg«, und die ersten schärferen Töne klingen an, wenn Krappmann sich mit folgenden Worten an die Delegierten wendet:

»Es geht hier um eine Machtprobe. Die Lage ist allerdings so verfahren, daß die Studentenschaft kaum zu unterscheiden vermöchte, gegen wen sie denn zu revoltieren hätte. Gegen Rektor, Kultusminister oder das Parlament? Verschieben wir die Entscheidung noch ein wenig!«

Gleichwohl kommt es in den nächsten Jahren zunächst noch nicht zu einer Verschärfung der Entwicklung, wenngleich 1965 in Berlin die ersten Anzeichen einer offenen Krise sichtbar werden: Wegen eines Redeverbots des Rektors gegen den Schriftsteller Erich Kuby kam es zu einem fast vollständig befolgten Vorlesungsstreik am Otto-Suhr-Institut, und die sachlich kaum zu rechtfertigende Entlassung des wissenschaftlichen Assistenten Dr. Ekkehart Krippendorff machte deutlich, daß zwischen Universitätsleitung und einzelnen Professoren eine tiefe Kluft aufzubrechen schien, deren Ursache in unterschiedlichen Vorstel-

lungen über die politische Aufgabe der Studentenschaft, ja mehr noch der Universität und der Wissenschaft lag. Dennoch konnte der Berliner AStA-Vorsitzende bei der Rektoratsübergabe an der Freien Universität im November 1965 noch widerspruchsfrei von der »Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden« sprechen, die aus dem Problembewußtsein um diese Gesellschaft lebe.

Selbst 1966 noch sprach der VDS im Zusammenhang mit den Bemühungen verschiedener Länder um eine Hochschulgesetzgebung von der Hochschule als der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden und ihrer Aufgabe, Forschung, Lehre und Studium in Freiheit zu ermöglichen. In der Mitverantwortung für die Erfüllung der Hochschulaufgaben sah der VDS die Verwirklichung des Prinzips der akademischen Freiheit, das nach seiner Vorstellung nicht nur Loslösung von der unmittelbaren Staatsverwaltung bedeuten sollte, sondern auch innerhalb der Hochschule im Verhältnis ihrer Mitglieder zueinander Geltung haben mußte. Mit der Forderung nach Einführung funktionsdifferenzierter Organe wie die Versammlung der einzelnen Fachbereiche, in denen die Forschungsprogramme entwickelt würden, die Ausbildungskommissionen, die Lehrprogramme beraten sollten, wurde die Forderung nach einer zahlenmäßigen Vertretung der Mitglieder in den sachorientierten Gremien in einem Verhältnis verbunden, das der Funktion des jeweiligen Gremiums entsprechen mußte. Man stößt hier also auf Formulierungen, die erst zu einem sehr viel späteren Zeitpunkt von der westdeutschen Rektorenkonferenz aufgenommen zu sein scheinen und offenbar auch Eingang in die sich als modern gebärdenden Referentenentwürfe für eine Neuordnung des Hochschulorganisationsrechts gefunden haben. Der VDS sah schon zu jener Zeit die Aufgabe einer modernen Hochschulgesetzgebung darin, die sachgerechte Beteiligung aller Mitglieder der Hochschule in besonderen verfassungsgebenden Organen der Hochschule sicherzustellen und auch die Rechte der Studenten auf vollberechtigte Teilnahme in allen Gremien der Hochschule zu verankern, aber so zu gestalten, daß eine Entwicklung in die Zukunft offenbleibe.

*Vorstellungen und
Forderungen des VDS*

Das Echo auf diese Vorschläge in den dann verabschiedeten Hochschulgesetzen und den darauf basierenden Hochschulsatzungen braucht hier im einzelnen nicht skizziert zu werden; von einer echten Mitwirkung im Sinne eines möglichen Mitverwalten, Mitgestalten und Mitverantworten kann nicht die Rede sein, obwohl schon mehr als 10 Jahre früher von Professorensseite ausgeführt worden war: »Daß wir den Studenten grundsätzlich als erwachsenen Menschen behandeln, das mag eine Fiktion sein, aber das ist eine Fiktion, die wir festhalten wollen, weil sie zu Freiheit und Verantwortung führt.«

*Fehlgeschlagene
Bemühungen*

Ein Jahr später ist von der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden nicht mehr die Rede. Der Bruch ist vollzogen, nachdem schon 1966 der studentische Protest in Berlin krawallartige Formen angenommen und die Ereignisse im Frühsommer 1967 zu einer weit über Berlin hinausgehenden Aktivierung der Studenten geführt hatten. Mit dem gewaltsamen Tod von Benno Ohnesorg er-

reichte die Solidaritätsbewegung unter den Studenten in der gesamten Bundesrepublik einen ersten Höhepunkt, der vielleicht nur noch durch den Kampf gegen die Verabschiedung der Notstandsverfassung und -gesetzgebung übertroffen wurde.

*Politisierung der
Studentenschaft*

Dennoch war der 2. Juni 1967 »als eine Momentaufnahme der Gesellschaft, in der wir leben«, eher der äußere Anlaß als Ursache dieser Solidarisierung. Ungefähr seit Jahresbeginn 1967 wurde nämlich an fast allen deutschen Hochschulen eine von der Öffentlichkeit kaum beachtete Politisierung bemerkbar. Was eigentlich seit Gründung der Bundesrepublik von Politikern und Publizisten beklagt worden war, die politische Abstinenz der Jugend, die Interessenlosigkeit gegenüber Politik und Gesellschaft, wurde fast über Nacht zu einer vergangenen Epoche. Eine noch durch Nationalsozialismus, Kriegs- und Nachkriegszeit geprägte »skeptische Generation« war von der Bühne abgetreten und gehörte schon zu den Etablierten einer entpolitierten Konsumgesellschaft, die »keine Experimente« mehr will, für die die Zukunft nur noch in der Fortsetzung und Perfektion der Gegenwart zu bestehen scheint. Sie war von einer Generation abgelöst worden, die nicht mehr bereit war, das, was sie als falsch, als veränderungsreif erkannt hatte, zu ertragen, die nicht mehr willens war, zu schweigen und sich anzupassen und mitzumachen.

Bei den AStA-Wahlen dieses Jahres schnitten die Vertreter politischer Studentengruppen besser ab als früher, mehrfach gab es einen deutlichen Ruck nach links; an einer Reihe von Hochschulen kam es in früher nie gekanntem Umfang zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Professoren und Studenten um die Frage der Mitbestimmung der Studenten in Universitätsgremien, um Vorlesungskritik und um das Verbot geplanter studentischer Veranstaltungen. An verschiedenen Universitäten war es zwar auch schon vor den Berliner Ereignissen zu Demonstrationen und zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Dennoch war der Tod Benno Ohnesorgs die erste gemeinsame Erfahrung, das erste gemeinsame Erlebnis von obrigkeitlicher Willkür, Brutalität und kaltem Zynismus. Inwieweit der Rücktritt des Berliner Senats als Erfolg des studentischen Protestes und / oder als verspätetes Schuldeingeständnis für staatliches Fehlverhalten zu werten ist, mag hier dahingestellt bleiben.

*Bruch mit den
etablierten Parteien*

Vielleicht wäre die Frage nach dem Willen der Studenten, zumindest der hochschulpolitisch aktiven Studenten 1966 noch relativ einfach zu beantworten gewesen: Die Denkschrift des — derzeit noch gemäßigten — SDS von 1961, »Hochschule in der Demokratie«, deren Argumente und Schlußfolgerungen das VDS-Gutachten von 1962 in vielen Teilen übernommen hat und das lange hindurch die Grundlage studentischer Reformbemühungen geblieben ist, geben ebenso wie die weiter oben erwähnten Forderungen des VDS aus dem Jahre 1966 beredten Aufschluß darüber. Im gleichen Jahr jedoch, in dem der SDS seine Vorstellungen zur Hochschulreform veröffentlichte, wurde — wenn auch aus anderen Gründen — das Tischtuch zwischen ihm und der SPD zerschnitten; inzwi-

schen ist aber das Verhältnis der Partei zur Nachfolgeorganisation des SDS nicht sehr viel besser. Den anderen im Bundestag vertretenen Parteien ergeht es mit ihren Jugendorganisationen ähnlich: Zwischen dem LSD, den Jungmannen der FDP, und dem SDS scheinen nur noch graduelle Unterschiede zu bestehen, und der RCDS bereitet der CDU/CSU ähnliche Kopfschmerzen wie der SHB der SPD.

Es wäre allerdings verfehlt, aus der gemeinsamen Sorge der Parteien um ihre Jugend auf eine gemeinsame politische Überzeugung eben dieser Jugend zu schließen; ihr einziger Zusammenhalt ist die Reaktion auf das behauptete Versagen unserer Demokratie. Der Hinweis auf die Existenzangst als tiefere Ursache des Protestes erscheint kaum überzeugend. Was der »Spiegel« im Mai 1968 berichtete: »Mehr als 4000 Hauptfachsoziologen an Deutschlands Universitäten, fünfmal mehr als noch vor 7 Jahren. Doch zu was und zu welchem Ende sie studieren, bleibt häufig im dunklen. Ihre Berufschancen sind in vielen Fällen gleich Null.«, ist zwar richtig. Es mag auch sein, daß ein Teil der »Protestanten« von Existenzangst getrieben ist, daß ihr Denken und Handeln von der Angst vor einer technischen Welt bestimmt wird, deren Struktur sie nicht verstehen, daß sie fürchten, ihr Universitätsdiplom möge keine vertrauenswürdige Grundlage für eine ihrer Erwartung gemäße Existenz in unserer liberalen Gesellschaft abgeben, wie dies gelegentlich ausgeführt worden ist. Auch wenn aus diesen Gründen die Neigung naheliegen könnte, die Gesellschaft zu ändern, dürfte das kaum den oftmals geradezu missionarischen Eifer erklären, mit denen die in der Regel im SDS beheimateten studentischen Führer der Gegenwart — Dutschke, Krah, die Wolffs, Cohn-Bendit und wie sie sonst heißen mögen — über das alte Ziel einer Studien- und Hochschulreform hinausgehend nunmehr die gesellschaftliche Reform anstreben. Die Überzeugung, daß die Konflikte der Universität die Probleme der Gesellschaft sind, hat die politisch aktiven Studenten **dazu geführt, ihre Aktivität auch außerhalb der Hochschulen zu verstärken.** Für viele von ihnen ist die Hochschulreform nurmehr noch der Hebel zu einer sozialen Reform, und die Hochschulen in ihrer traditionellen Gestalt sind nur der erste Stein, der auf dem Weg zu einer besseren Gesellschaft beiseite geräumt werden muß. »Es ist nicht so wichtig, einen Platz in der Gesellschaft zu finden, als die Gesellschaft so zu gestalten, daß man in ihr auch einen Platz haben möchte«, hat einmal einer ihrer Apostel formuliert, und das sog. »drop out« ist ein ebenso feststehender Begriff geworden wie »go in«, »sit in«, »teach in« und ähnliche Schlagworte für studentische Aktionen. Vertraut mit den Lehren Marcuses, den man auch als den geistigen Vater der Studentenunruhen bezeichnet, wissen sie zwar nicht genau, wofür sie kämpfen. Um so genauer wissen sie aber, wogegen sie ihre Angriffe zu richten haben; denn gegen die bestehende Ordnung zu kämpfen, heißt schon für eine bessere zu streiten, wie immer diese auch aussehen mag. Marcuse war es, der ihr Unbehagen formulierte, der ihnen sagte, wie und was ihre Opposition ist: »Sie ist der Ekel vor der ›Gesellschaft im

*Fehlende politische
Gemeinsamkeit*

*Hochschulreform
als Hebel zur sozialen
Reform*

Überfluß«, das vitale Bedürfnis, die Spielregeln eines betrügerischen und blutigen Spiels zu verletzen — nicht mehr mitzumachen. Wenn diese Jugend das bestehende System der Bedürfnisse und seine stetig sich mehrende Warenmasse verabscheut, so deshalb, weil sie beobachtet und weiß, wieviel Opfer, wieviel Grausamkeit und Dummheit täglich in die Reproduktion des Systems eingehen. Diese Jungen und Mädchen teilen nicht mehr die repressiven Bedürfnisse nach den Wohltaten und nach der Sicherheit der Herrschaft — in ihnen erscheint vielleicht ein neues Bewußtsein, ein neuer Typus für die Wirklichkeit, fürs Leben und fürs Glück; sie haben die Sensibilität für eine Freiheit, die mit den in einer vergreisten Welt praktizierten Freiheiten nichts zu tun hat und nichts zu tun haben will. Kurz: Hier ist die ›bestimmte Negation‹ des Bestehenden.«

*Aufstand gegen die
etablierte Gesellschaft*

Es ist ein Aufstand gegen die etablierte Gesellschaft, gegen seelenlose Lebensformen und erstarrte Machtmechanismen. Manchem ist vielleicht der im März 1968 in der Monatszeitschrift »Der Rotarier« abgedruckte Aufschrei eines 22-jährigen amerikanischen Philosophiestudenten der Berkeley-Universität bekannt, der im Dezember 1964 erklärte: »Es kommt ein Moment, wo das Arbeiten der Maschine so grauenhaft wird, wo einem so übel wird und so schwach ums Herz, daß man einfach nicht mehr mitmachen kann — nicht mal mehr schweigend mitmachen kann. Dann müßt ihr eure Leiber auf die Schaltungen und Räder werfen, auf die Hebel und alle diese Apparaturen und müßt sie zum Stillstand bringen. Und ihr müßt den Leuten, die der Verantwortung für die Maschine tragen, und den Leuten, denen sie gehört, klarmachen, daß sie überhaupt nie mehr arbeiten wird, wenn ihr nicht frei werdet.«

Es ist das Sichauflehnen gegen eine Herrschaft durch Bürokratie, die unkontrollierbar geworden ist, gegen die Apparate der Parteien, Gewerkschaften und Konzerne, Regierungen, die nicht mehr beeinflussbar, ja nicht einmal mehr durchschaubar, geschweige denn kontrollierbar sind. Es ist die quälende Erkenntnis, daß eine selbstgefällige und konforme, eine »formierte Gesellschaft« die Diskrepanz zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit hinzunehmen bereit ist. Es ist der verzweifelte Aufstand gegen eine Welt, »die morgens um sieben« eben nicht mehr »in Ordnung ist«, gegen eine Menschheit, die mit ihren phantastischen technischen Errungenschaften zwar den Weltraum erobern, die Urübel Hunger, Krieg, Armut und Ungerechtigkeit indessen nicht bezwingen kann.

*Ursachen jugendlichen
Engagements*

Fragen wir uns einmal, weshalb wurde denn eigentlich protestiert, aus welchen Gründen ist die Jugend auf die Straße gegangen? Sehr bald wird deutlich, daß immer wieder der leidenschaftliche Appell gegen Ungerechtigkeit, Unwahrhaftigkeit und Unterdrückung die Ursachen jugendlichen Engagements bilden, und es schält sich das Bild einer vom Wohlstand unbeeindruckten, weil ihn für selbstverständlich hinnehmenden Generation heraus, die die innere Unglaubwürdigkeit der Älteren erkannt zu haben meint und erbarmungslos bemüht ist, autoritäre, aggressive und korrupte Strukturen für jedermann offen-

zulegen. Polizei- und Justizwillkür, die Not der Dritten Welt, die Regierung ohne Opposition, die sogenannte Wiedervereinigungspolitik, die Militärdiktatur in Griechenland, das autoritäre System Spaniens, der Nah-Ost-Konflikt und der Vietnam-Krieg sind im wesentlichen die Bilanzposten, die die Chronik studentischer Aktionen seit einigen Jahren bestimmen.

Der Vietnamkrieg überhaupt ist einer der Katalysatoren des studentischen Protestes gewesen. Der Krieg der Amerikaner, offiziell nie als Krieg, sondern nur als »Intervention« bezeichnet, ist für viele Studenten auch in den Vereinigten Staaten selbst und in der ganzen Welt nicht ein Krieg der Befreiung, sondern ein Krieg, der die Vietnamesen unterdrückt. Sie sehen das Unglück und die Greuel, die der Krieg verursacht, die grausamen Wunden, die er Unschuldigen und Unbeteiligten schlägt. »Legalize murder, why should the government have all the fun!«, ist der bittere Begleitkommentar. Sie glauben, daß der Kommunismus nicht durch Waffengewalt von Süd-Vietnam ferngehalten werden kann, sondern die unmenschlichen Spuren dieser Waffen die Vietnamesen bereit für den Kommunismus machen. Die Milliarden des Krieges könnten Fortschritt und Freiheit bedeuten, Hunger und Krankheit beseitigen. Seien wir ehrlich: Wem von uns Älteren sind nicht ähnliche Gedanken angesichts des ich-weiß-nicht-wievielten Starfighter-Absturzes gekommen?

Vietnamkrieg

Ein leidenschaftlicher Appell gegen Ungerechtigkeit, Unwahrhaftigkeit und Unterdrückung: Hier und nur hier liegen die tieferen Ursachen für die Schah-Proteste im Juni 1967. Hier schlug die große Stunde der SDS-Führer, die seit Jahren auf die Möglichkeit zum wirksamen Protest gewartet hatten. Sie sorgten für die Schärfe des Angriffs. Sie zogen zu Felde gegen das durch unkontrollierbare Massenmedien manipulierte Bild eines Persien, das äußerlich in höfischem Glanze erstrahlt und mit dem sich im Rahmen einer dubiosen Entwicklungshilfe gute Geschäfte machen lassen, in dem hinter den Kulissen jedoch Hunger, Armut, Unterdrückung, Folterungen und Erpressungen an der Tagesordnung sein sollen.

Schah-Proteste 1967

Die Reaktion der Politiker ist bekannt. Seitens der SPD wurden mit einer großen Zahl von Studenten im Ergebnis unergiebiges Gespräche geführt, und über Barzels Einladung »zu einem Glas Wein« kann man heute ob der Dürftigkeit einer solchen Reaktion eigentlich nur noch lächeln. Offenbar beginnt sich erst allmählich die Erkenntnis durchzusetzen, daß die Studenten fundamentale Kritik auch an unserem gegenwärtigen System üben und daß nicht länger mehr blinder Antikommunismus die innenpolitische Kritik ersetzen kann. Noch bis in die jüngste Zeit hinein wurde die Auseinandersetzung weitgehend den Universitäten überlassen, gleichzeitig aber von den politischen Kräften, die sich selbst dieser Auseinandersetzung nicht stellten, die Unfähigkeit der Hochschulen beklagt, mit ihren Problemen selbst fertig zu werden.

Reaktion der Politiker

Inzwischen ist allerdings das Gerede von der »heilsamen Unruhe der Jugend« weitgehend verstummt. Auch die führenden Politiker scheinen endlich zu be-

greifen, daß es kaum noch möglich ist, die Studenten, die als erste die innere Unruhe der Jugend in Worte gekleidet und in politische Aktionen umgesetzt haben, durch beschwichtigendes Zureden für die Demokratie zu gewinnen. Diese Jugend zweifelt an der Wahrhaftigkeit unseres Staatswesens. Sie sieht Ungerechtigkeit, Unwahrhaftigkeit und Unterdrückung nicht nur draußen in der Welt — in Vietnam, in Persien, in Griechenland, in Spanien, in Süd-Afrika — sondern auch bei uns. Sorge und Angst, daß die Rechte des Individuums den Anmaßungen der Gesellschaft geopfert werden könnten, haben diese Jugend zum lauten, auch zum gewaltsamen Protest geführt, nachdem man am Beispiel der Hochschulreform in der Vergangenheit erfahren hatte, daß ungezählte Diskussionen und Vorschläge den »Verwaltern der Macht« keinen Eindruck machten. Das dürfte auch der tiefere Grund für das Aufbegehren gegen die Notstandsverfassung und die Notstandsgesetze gewesen sein. Man glaubte, die drohenden Schatten staatlicher Allmacht zu spüren, die nicht zögern würde, willkürlich gegen jeden vorzugehen, der es wagen könnte, eine von der herrschenden abweichende Meinung zu vertreten.

*Frühere politische
Bedeutungslosigkeit
der Jugend*

Seit der Gründung der Bundesrepublik hat die Jugend nie ein Echo bei den Älteren gefunden, und die Studenten als die »jungen Leute ohne Erfahrung«, sind immer mehr an den Rand des politischen Geschehens gedrängt worden. Der Generationskonflikt ist von den großen Parteien systematisch unterdrückt worden. Die meisten Studenten haben daher auch kein Verhältnis mehr zu einer der im Bundestag vertretenen Parteien. »Sei jung und halt das Maul«, hieß es auf einem Plakat französischer Studenten, womit schlaglichtartig die offenbar überall gleiche Situation einer »draußen vor der Tür« gebliebenen, aber nicht länger zum blinden Gehorsam bereiten Jugend zum Ausdruck kommt. Die großen Parteien erscheinen ihnen undemokratisch organisiert, weil sie sich nicht auf eine demokratische Willensbildung stützen, sondern ihre Entscheidungen im Arrangement zwischen einigen führenden Politikern und mächtigen Verbänden fällen. Die Parteien werden so geführt, daß nur eine Meinung, die herrschende, gültig ist. Sie sind nicht darauf aus, den Wähler an der Demokratie, an politischer Macht, die Entscheidungen fällt, zu beteiligen, sondern leihen bereiter und willfähriger ihr Ohr einer für die Parteikassen einträglichen Lobby, die sich weniger dem Wohl des Ganzen, als vielmehr sehr konkreten Privatinteressen verpflichtet fühlt. Verbittert und enttäuscht wird die Wirksamkeit der realen politischen Gewaltverhältnisse dahin kommentiert, daß die herrschenden Regeln die Regeln der Herrschenden sind. Daraus wird auf eine Fehlkonstruktion des Systems geschlossen, die der Sohn des früheren Hamburger Bürgermeisters Nevermann, Knut Nevermann, als Studentensprecher der Freien Universität Berlin einmal wie folgt formuliert hat: »Ich denke mir, daß man eine parlamentarische Demokratie nicht wie die jetzige parlamentarische Demokratie machen kann, in der das Prinzip der Kontrolle, in der das Prinzip der Kritik sehr unterentwickelt sind. Man wird sich institutionell,

aber vor allem auch inhaltlich überlegen müssen, wie man es schaffen kann, daß die Bürger informiert werden und nicht manipuliert werden, daß sie die Möglichkeit haben, wenn sie protestieren wollen, diesen Protest zu artikulieren. Dieses Prinzip der Öffentlichkeit scheint mir im Augenblick in der Bundesrepublik Deutschland sehr unterentwickelt zu sein, wie auch in den meisten anderen Ländern sonst. Und es scheint mir, dies ist eine der wesentlichen Kriterien einer zukünftigen Reform, einer evolutionären Reform der gesellschaftlichen Verhältnisse.«

Es mag an dieser Stelle mit der Frage nach den Ursachen abgebrochen werden. Es gibt ihrer sicher noch manche andere, und wenn hier nur angedeutet wird, daß die Fragen des Studienhonorars, des politischen Mandats der Studentenschaft, des politischen Auftrags der Universität und der Wissenschaft, der kritischen Universität, der Kontrolle der Massenmedien in der einen oder anderen Form in die ganzen Auseinandersetzungen hineinspielen und Symptome für die Anklagen gegen das herrschende System und seine autoritären Gesellschaftsstrukturen darstellen, so sind damit nur Stichworte gegeben, die vielleicht bei einer einmal zu schreibenden zusammenfassenden Geschichte dieser Studentenunruhen schärfer analysiert und akzentuiert werden können, als es mir möglich ist. Sicher scheint mir nur zu sein, daß die Äußerung des Ministerpräsidenten Kühn, für einige Pseudointellektuelle sei das Establishment heute, wie für manche Halbgebildete im Hitlerreich das Judentum, ein Katalysator des Hasses, eine fatale Unkenntnis von der geistigen Verfassung der heutigen Jugend offenbart, die um so verhängnisvoller ist, als in ihr deutlich zum Ausdruck kommt, daß die herrschenden politischen Kräfte nicht bereit zu sein scheinen, das große Potential an demokratischen Kräften in den unbequemen Studenten zu entdecken.

*Weitere Ursachen
studentischen
Engagements*

Für uns bleibt die Frage nach dem Wohin. Revolution oder Evolution scheinen die beiden Alternativen zu sein, denen sich unsere Welt heute ausgesetzt sieht. Dabei läßt sich nicht leugnen, daß das, was dem SDS und den seinen Ideen nahestehenden Studentengruppen und Studenten vorschwebt als das, was nach Beseitigung des bestehenden Systems an dessen Stelle gesetzt oder in welche Richtung es reformiert werden soll, völlig im dunkeln liegt. Marcuse gibt nur einen scheinbaren Wegweiser, wenn er meint, daß die Chance der Befreiung dort liegt, wo die Produktionsmittel vergesellschaftet sind. Gerade die Frage, wie denn die Befreiung im Sozialismus institutionalisiert werden, was den Parlamentarismus ablösen soll, das ist das ungelöste Problem der Revolutionäre. Dutschke hat zwar eine Lösung anzudeuten gewagt, indem er das Vorbild der Räte Demokratie zitierte, und ähnlich wie bei Dutschke tauchen auch in der von dem 2. Bundesvorsitzenden der Falken, Bodo Brücher, verfaßten Broschüre »Von der Schülermitverwaltung zur Schülermitbestimmung« Elemente der Rätekonzeption auf; eine utopische Romantik, von der Revolutio-

*Frage nach dem
Wohin*

näre der vergangenen 100 Jahre träumten, die aber stets an den Realitäten zerbrochen ist.

Zündfunke Berlin

Dennoch bleibt das große Unbehagen. Von Berlin aus sind die Studentenproteste und -unruhen auf fast alle Hochschulen der Bundesrepublik übergesprungen. Seit Jahren hatte sich um Fragen der allgemeinen Bildungspolitik und der Hochschulsituation Stoff für diese Explosion angesammelt. Ihr Umfang ist je nach den örtlichen Verhältnissen verschieden, je nach den äußeren und inneren Zuständen, die an den einzelnen Hochschulen herrschen. Auch die politische Situation am Hochschulort ist nicht ohne Einfluß, ebenso wie die Größe der Hochschule, die landschaftliche Umgebung und das Bemühen der verschiedenen politischen Studentengruppen um die politische Mobilisierung der Studentenschaft. Mit den Berliner Studentendemonstrationen im Sommer 1967 trat jedoch erstmals eine Bewegung ans Licht, die sich als »außerparlamentarische Opposition« qualifizierte und in den folgenden Jahren durch die verschiedensten Gewalttaten und gewaltlosen Aktionen zum Kampf gegen die gesellschaftliche und zum Teil auch die politische Verfassung der Bundesrepublik antrat. Glaubte diese demokratische Wohlstandsgesellschaft, die noch vor kurzem ihre politischen und wirtschaftlichen Sorgen vertrauensvoll in die Hände einer großen Koalition gelegt hatte, damit eine Krise abgewendet zu haben, so wurde durch die Studentenunruhen erstmals deutlich, daß die innere Stabilität und Sicherheit dieser Gesellschaft doch brüchiger zu sein scheint, als das äußere Bild vermuten läßt.

Romain Rolland hat einmal gesagt: »Das schlimmste Übel, an dem die Welt leidet, ist nicht die Stärke des Bösen, sondern die Schwäche der Besseren. Und diese Schwäche hat zum Teil ihren Ursprung in der Willenlosigkeit, in der Furcht vor persönlichem Übel, in der moralischen Zaghaftheit. So wenig wir auch sein und so wenig wir auch tun mögen, wir müssen es ganz tun und ganz sein. Jeder kann sich täuschen, aber ob er sich täuscht oder nicht, er muß aufrichtig sein. Der aufrichtige Irrtum ist nicht Lüge. Er ist die Vorstufe zur Wahrheit.«

*Bereitschaft
zur geistigen
Auseinandersetzung*

Das sollten wir auch für uns beherzigen und die Auseinandersetzung selbst dann suchen, wenn wir von den unsrigen abweichende Vorstellungen verurteilen. Wir sollten uns bewußt sein, daß die Solidarisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen mit den Forderungen radikaler Studentengruppen über die Universität hinaus möglich wird, weil der Wunsch nach mehr Mitbestimmung, mehr Mitwirkung, mehr Mitverantwortung das Unbehagen an den herrschenden Zuständen bewußt gemacht hat. Noch erscheint das DGB-Vorstandsmitglied Werner Hansen mit seiner Drohung einer entschädigungslosen Enteignung als ein einsamer und verlorener Rufer in der Wüste. Die Frage ist indessen, wie lange es noch dauern mag, bis dieser Ruf auf ein bereites Echo stößt und willig aufgenommen wird. Eine Demokratie kann nur von der geistigen Auseinandersetzung leben und nicht mit Verboten, Zensur, Polizei oder

schlechthin Gewalt aufrechterhalten werden; sie würde damit zum Widerspruch in sich selbst. Sie kann nur fruchtbar und lebenswert sein, wenn wir immer wieder bereit sind, unsere Vorstellungen von der Gesellschaft, von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik in Frage zu stellen und überholte Positionen aufzugeben. Ob es damit gelingen wird, die breite verführerische Straße der Revolution zu umgehen und den schmalen und schweren Weg der Evolution zu finden, kann nur die Zukunft zeigen, eine Zukunft, der man das Goethe-Wort voranstellen muß:

»Wie von unsichtbaren Geistern gepeitscht, gehen die Sonnenpferde der Zeit mit unseres Schicksals leichtem Wagen durch; und uns bleibt nichts, als mutig gefaßt die Zügel festzuhalten und bald rechts, bald links, vom Steine hier, vom Sturze da, die Räder wegzulenken. Wohin es geht, wer weiß es?«